

Beiträge der
Hauptabteilung
„Politik und Beratung“ zur
Profilierung der Stiftung

Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß

Michael Borchard

„Spin-Doktoren“, Think Tanks und Agenturen entscheiden keine Wahlen, hieß es knapp vor der vorgezogenen Bundestagswahl. Die Entscheidungsträger verließen sich zunehmend mehr auf ihren eigenen Instinkt, schrieb *Die Zeit*. Nach der Wahl hieß es in ersten zaghaften Analysen, es sei nicht gelungen, ein überzeugendes Profil aufzubauen und eine langfristige Agenda zu entwickeln. Es seien keine Ziele erkennbar gewesen, die Wählerinnen und Wähler seien verunsichert worden. Man sei vielleicht auch nicht richtig beraten gewesen, hieß es schließlich.

Tatsache ist, dass in Zeiten des „volatilen Wählers“, der sich buchstäblich in der letzten Minute entscheidet, Angebote von den Parteien unterbreitet werden müssen, die Unsicherheiten nehmen, die langfristige Orientierung und eine Basis an Grundhaltungen, Erkenntnissen und Lösungsansätzen bieten, die zur Identifikation und Bindung einladen. Ein glaubwürdiges und realistisches „Zukunftsversprechen“ muss gefunden werden, das den Vorwurf der „sozialen Kälte“ kontert, das deutlich macht, wie sehr „Freiheit“ und „Verantwortung“ in einer Gesellschaft zusammengehören, die sich am christlichen Menschenbild orientiert. Und neben die realistische Analyse der Herausforderung muss die Kraft treten, Optimismus und Aufbruchstimmung zu erzeugen.

Die christliche Demokratie hat sich in der Vergangenheit vielfach als die politische Kraft erwiesen, die in politischen Umbruch- und Aufbruchsituationen sol-

che Zukunftsversprechen unterbreitet hat, die Führungskraft bewiesen und entscheidende Weichen gestellt hat. Sie hat in der Gründungsphase dieses Landes Beiträge zu einer Staatsraison geliefert, die bis heute fortwirken. Sie hat entscheidende Akzente für Frieden in Europa und für soziale Sicherheit in Deutschland gesetzt. Sie hat mit ihren programmatischen Debatten über die „neue soziale Frage“, über die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau et cetera Impulse für eine moderne Gesellschaft gesetzt. Sie hat mit der deutschen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ihren Führungswillen erneut deutlich gemacht.

Zukunftsversprechen erarbeiten

Heute scheint es wieder notwendig, ein solches Zukunftsversprechen zu erarbeiten – aber es ist möglicherweise schwieriger geworden. Denn die christliche Demokratie steht nicht erst im Umfeld der Bundestagswahlen in diesem Jahr vor einem großen Dilemma: Sie muss – angesichts der immensen Herausforderungen einer veränderten Welt – dazu beitragen, dass vieles grundlegend anders gemacht wird, wenn Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen will, wenn neue Arbeitsplätze geschaffen und der Wandel von Strukturen bewältigt werden soll. Die christliche Demokratie muss Bewusstsein prägen und Mentalitäten ändern, wenn sie Probleme lösen will, und sie wird nicht umhinkommen, die politischen Notwendigkeiten klar zu benennen.

Zugleich muss sie Lösungsangebote unterbreiten, die ihr die politischen Mehrheiten verschaffen, um ihre politischen Ideen durchsetzen zu können. Und dies im Bewusstsein der Tatsache, dass eine Cassandra selten auf Zustimmung stößt und meist derjenige bestraft wird, der der Bevölkerung die notwendigen Einschnitte zumuten will! Wer durch Täler führen will, muss die Gipfel klar vor Augen haben und Sicherheit vermitteln können, dass er über klare Wegkarten und einen verlässlichen Kompass verfügt. Warum es der christlichen Demokratie in diesem September nicht gelungen ist, Vertrauen für ihre politischen Grundideen zu wecken, sollte noch gründlich analysiert werden. Wichtig bleibt, dass die christliche Demokratie langfristige Leitideen und Zukunftsvorstellungen entwickeln muss, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger neu für ihre politischen Grundüberzeugungen begeistern will.

Der Beratungsbedarf steigt

Politik und Politiker können diese schwierige Aufgabe, die den vorpolitischen Raum mit einbeziehen muss und die deshalb auch neue Aufbrüche in der politischen Bildung erfordert, nicht nur aus der Leistungsfähigkeit der eigenen Kapazitäten heraus bewältigen. In einer komplex gewordenen Welt ist Unterstützung bei der Erarbeitung neuer Leitbilder, neuer Politikentwürfe notwendig. Auch die Strategen in Parteizentralen, Staatskanzleien, Landesministerien, Abgeordnetenbüros und Fraktionsstäben ahnen, dass guter Rat gebraucht wird. Sie entdecken immer häufiger, dass – frei nach Kant – die Notwendigkeit zu entscheiden weiter reicht als die Möglichkeiten der Erkenntnis. Die Problemstellungen und Herausforderungen drohen zu überfordern, der Beratungsbedarf steigt.

Können politische Stiftungen hier als Think Tanks, als politische Beratungsagenturen erfolgreich agieren? Treffen sie

dabei nicht auf die gleichen Vorurteile und die gleichen Fehleinschätzungen, auf die auch kommerzielle Berater bisweilen stoßen? Als Roman Herzog noch Bundespräsident war, fragte er: „Warum ist in Amerika Politikberatung selbstverständlich, während sie bei uns doch eigentlich immer noch als Luxus gilt?“ Das war vor fünf Jahren. Auch heute ist diese Frage sehr berechtigt. Zwar gibt es heute eine deutlich ausgeprägtere Landschaft an kommerziellen und nicht-kommerziellen Beratungsangeboten. Dennoch findet externe Beratung nur schwer Gehör.

Orientierung und Identität

Politikberatung – das hat in Zeiten großen Misstrauens in die Problemlösungskompetenz von Parteien und Politikern viel Ähnlichkeit mit dem Spot für einen bekannten Schokoriegel. Für den einen simple Schokolade, für den anderen die wahrscheinlich längste Praline der Welt. Übertragen auf die Politikberatung: für den einen ein bisweilen fragwürdiges Geschäft, allenfalls ein notwendiges Übel, für den anderen die wahrscheinlich sinnvollste und effektivste Betätigung, die vorstellbar ist.

Klar ist jedenfalls, dass Politik künftig immer weniger ohne gute Beratung auskommt: Politische Entscheidungsprozesse in modernen und hoch technisierten Gesellschaften machen eine wissenschaftlich fundierte und anwendungsorientierte Politikberatung unabdingbar. In Zeiten verschärften Globalisierungsdrucks, in Zeiten neuer terroristischer Bedrohungen, in Zeiten großer Reformnotwendigkeiten, in Zeiten immer komplexer werdender nationaler und internationaler Herausforderungen sind Politik- und Politikerberatung vor erhebliche Anforderungen gestellt: Sie müssen verlässliche Perspektiven erarbeiten und dazu beitragen, dass nicht der Eindruck eines planlosen Handelns und „Durchwurstelns“ entsteht. Sie müssen helfen, dass

Politik Orientierung bieten und Identität schaffen kann.

Können politische Stiftungen, kann die Konrad-Adenauer-Stiftung hier tatsächlich Akzente setzen? Sind die Stiftungen den Parteien zu nahe, um unabhängigen, strategisch wertvollen Rat geben zu können? Sind sie andererseits aus der Sicht der politischen Entscheider nicht zu weit weg von der konkreten und operativen politischen Arbeit, um tatsächlich realitätsbezogene Hinweise zu geben, die wirklich Nutzen bei der täglichen politischen Arbeit bringen? Können sie überdies im hart umkämpften und immer professioneller werdenden Markt der Politikberatung ein eigenes unverwechselbares Profil entwickeln? Können sie die Agenda der politischen Entscheidungsträger erfolgreich beeinflussen? Und wenn ja, geraten sie als öffentlich finanzierte Institutionen dann nicht in Konflikt mit der herrschenden Gesetzeslage? Sind die Stiftungen und die in ihnen wirkenden Arbeitseinheiten, die sich auf die politische Beratung konzentrieren, ernst zu nehmende politische Beratungseinheiten, oder laufen sie wegen ihrer spezifischen Ausrichtung außer Konkurrenz?

Auf das politische Klima einwirken

Ja, politische Stiftungen sind sehr wohl in der Lage, erfolgreich politisch zu beraten, wenn sie sich auf das konzentrieren, was sie einzigartig und ihre Arbeit zum Erfolg gemacht hat. Von ihrer Gründung vor fünfzig Jahren an hat die Konrad-Adenauer-Stiftung, haben die politischen Stiftungen immer auch den Anspruch gehabt, auf das politische Klima zumindest mittelbar einzuwirken. Indem sie Orientierung bieten und durch die „Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürgerinnen und Bürger mit politischen Fragen anregen sowie ihr politisches Engagement fördern und vertiefen“; indem sie über ihre Begabtenförderung qualifizierten Führungsnachwuchs

gefördert und herausgebildet haben; indem sie mit eigenen Experten Veränderungswissen erarbeitet und Strategien für die Umsetzung dieses Wissens aufgezeigt haben. Ein Einfluss, der vom Staat durchaus gewollt und begrüßt wird. Das ist einer der Gründe, warum das Bundesverfassungsgericht die finanzielle Förderung der politischen Stiftungen in seinen Entscheidungen bestätigt hat und warum auch die politische Beratung mit zu den Kernkompetenzen der politischen Stiftungen gehört.

Das Gericht hat dabei auch in der viel zitierten Einsicht Böckenfördes gehandelt, dass der Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Er lebt aus einer Kultur, deren gesellschaftliche und politische Wurzeln sich seiner Gewalt entziehen. „Politischer Diskurs und politische Entscheidungsfindung“, so die gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der politischen Stiftungen, „setzen Information und ethisch-politische Orientierung voraus. Politische Orientierung bietende Bildungsarbeit nicht-staatlicher Bildungsträger, die auch politische Forschung, Information und Beratung sowie Begabtenförderung umfasst, ist eine notwendige Voraussetzung für die Entfaltung politischer Freiheit und sichert den Fortbestand des freiheitlichen pluralistischen Gemeinwesens.“

Der Mensch als Geschöpf Gottes

In dieser gemeinsamen Erklärung haben die Stiftungen als eines ihrer Ziele erklärt, „durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen“.

Was bedeutet das für die aktuelle politische Situation? Die Konrad-Adenauer-Stiftung muss sich gerade jetzt als eine stabile, meinungsbildende und Entschei-

dungen fördernde Kraft im gesellschaftlichen Raum behaupten. Darin liegen ihr besonderer Anspruch und ihre Chance. Sie muss Substanzielles erarbeiten und anbieten, sie muss soziale und politische Veränderungsprozesse anstoßen und mit begleiten. Dafür verfügt sie mit den verschiedenen Hauptabteilungen und ihren spezifischen Kompetenzen über ein wirkungsvolles Instrumentarium und vor allem über eine klare Ausrichtung: Die Stiftung wirke mit ihrer Arbeit, so heißt es in ihren Leitlinien, „an der Schaffung einer internationalen Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit mit und trägt so zur Vertretung deutscher Interessen in der Welt bei. Ausgangs- und Orientierungspunkt für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist das christliche Verständnis vom Menschen als Geschöpf Gottes in seiner Gleichwertigkeit, Verschiedenartigkeit und Unvollkommenheit.“

Gerade in der jetzigen Situation, in der es um Profilbildung, Stabilisierung und Orientierung geht, ist die außerordentliche Breite ihres politischen und gesellschaftlichen Auftrages ihr unverwechselbares Kapital. Welcher kommerzielle politische Berater – außer vielleicht in Ansätzen ein paar wenige große, weltweit agierende Agenturen – verfügt wie beispielsweise die Konrad-Adenauer-Stiftung über ein solches Netz an Außenstellen im Ausland mit jahrzehntelanger Erfahrung auf den Feldern Demokratieförderung und Entwicklungspolitik mit rund zweihundert Projekten in über 120 Ländern? Wer kann auf rund zwanzig Bildungszentren und -werke in den deutschen Ländern, auf ein einzigartiges Netz einiger tausender aktiver und ehemaliger Stipendiaten im In- und Ausland bauen, die nach Abschluss ihres Studiums zu meist Schlüsselpositionen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft einnehmen und damit Zugang zu neuen Netzwerken eröffnen? An nicht wenigen Kabinetttischen in der Welt, in etlichen diplomati-

schen Vertretungen sitzen Altstipendiatinnen und -stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung. Wer kann zugleich auf bewährte Instrumente der Parteilorschung und der Kulturförderung, auf ein Fundament umfangreicher politischer Archive und Zeitungsdokumentationen und nicht zuletzt auf tief greifende Expertise im Bereich der politischen Bildung verweisen?

Dabei hilft auch die Tatsache, dass die politischen Stiftungen die geschichtliche Entwicklung ihrer jeweiligen Parteien sowie der ihnen nahe stehenden politischen und sozialen Bewegungen erforschen.

Neben diesem breiten Spektrum, das die politischen Stiftungen aufweisen, ist die bereits genannte klare weltanschauliche und politische Ausrichtung durchaus von Vorteil für eine unverwechselbare Stimme im Konzert der politischen Berater: Die politischen Stiftungen beschäftigen in ihren Reihen hoch qualifizierte Experten, die über das nötige wissenschaftliche Know-how verfügen, gleichzeitig aber die politische und programmatische Ausrichtung der jeweiligen Parteien und die politischen Akteure gut kennen, was eine praxisnahe und realitätsnahe politische Beratung ermöglicht.

Kompetenz und Glaubwürdigkeit

Und doch liegt der besondere Vorteil nicht allein in dieser hilfreichen Nähe, sondern auch in einer gewissen Distanz zur jeweiligen politischen Partei. Es gehört – freilich in unterschiedlichem Ausmaß – zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen, „dass sie von den Parteien rechtlich und tatsächlich unabhängig sind und ihre Aufgaben selbstständig, eigenverantwortlich und in geistiger Offenheit“ (so die gemeinsame Erklärung) wahrnehmen.

Wären die Stiftungen lediglich erweiterte „Parteizentralen“, dann hätten sie kaum eine reelle Chance auf politische Relevanz: Anders als Partei und Fraktion

stehen sie nicht unter dem permanenten Druck der Tagesaktualität. Daraus erwächst die Chance strategischen Denkens, die Chance, wie es in der Satzung der Konrad-Adenauer-Stiftung heißt, „Grundlagen politischen Wirkens“ zu erarbeiten.

Wenn sie nachhaltig, langfristig, substanzreich und vernetzt mit anderen Institutionen arbeiten, sind sie im besten Falle dazu in der Lage, als Seismograf zu dienen, der politisch bedeutsame Entwicklungen und Zukunftsfragen identifiziert und artikuliert, als „Frühwarnsystem“ für politische Entscheidungsträger.

Insbesondere bei so genannten „advokatistischen“ Beratungsinstitutionen, zu denen die politischen Stiftungen gehören, muss die vorhandene klare weltanschauliche Orientierung seriös vertreten werden. Mit Gefälligkeitsberatung wäre keinem Entscheider gedient. Im Gegenteil: Politiker verlangen gerade von solchen Beratern, die ihrer Ausrichtung nahe stehen, eine besonders umfassende und vor allem glaubwürdige Beratung.

Es ist so, wie Wilhelm Staudacher und Wolfram Brunner es in einem Beitrag über die politische Kommunikation festgestellt haben: „Kompetenz und Glaubwürdigkeit sind für einen öffentlichkeitsorientierten Think Tank mithin die Grundvoraussetzungen erfolgreicher Kommunikation. Nur diese Eigenschaften schaffen Zugang – Zugang zu Entscheidern und Meinungsführern in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft – und Zugang zu den Medien.“

Transparenz des Handelns

Zur Glaubwürdigkeit gehört Transparenz des Handelns. Es entspricht nicht nur den gesetzlichen Vorgaben für Institutionen, die vorwiegend durch staatliche Zuwendungen finanziert werden, sondern es gehört auch zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen

einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen. Alle Untersuchungen, die die Stiftungen erarbeiten, müssen veröffentlicht werden. Diese Rechenschaftspflicht und der Anspruch der Stiftungen, durch ihre Arbeit in die Öffentlichkeit hineinzuwirken, nehmen sie vor dem Vorwurf der Kungelei und der Undurchsichtigkeit in Schutz, der nicht selten an politikberatende Agenturen und Institutionen gerichtet wird.

Zur Transparenz gehören auch die Offenlegung der Methoden politischer Kommunikation und – falls notwendig – ihre Problematisierung. Vor welchen spezifischen Problemen stehen politische Stiftungen, wo liegen ihre besonderen Methoden? Sind politische Stiftungen zur Kritik an den politischen Akteuren, die sie beraten, fähig?

„Denken auf Vorrat“

Auch die politischen Stiftungen stehen vor dem klassischen Problem, Politik und Wissenschaft in einen verwertbaren Einklang zu bringen, das Ulrich Heilemann treffend beschrieben hat: „Der Politiker erwartet *political advice*, der Berater will aber meist nur *policy-advice* geben – ein Konflikt, der in Deutschland besonders stark empfunden wird.“ Dieses Dilemma ist auch für die politischen Stiftungen nicht vollständig aufzulösen. Dabei spielt nicht nur die erwähnte Tatsache eine Rolle, dass Stiftung und Parteien durch die staatliche Finanzierung eine gewisse Distanz zueinander wahren müssen. Vielmehr geht es auch darum, dass die Stiftung sich nur dann im Bereich der politischen Beratung nachhaltig profilieren kann, wenn sie die aktuellen politischen Notwendigkeiten nicht außen vor lässt und sich intensiv und substanzreich den langfristigen Herausforderungen widmet.

Für die politischen Stiftungen gilt demnach auch, was verschiedentlich als Defizit vieler deutscher Beratungsinsti-

tutionen und Think Tanks ausgemacht worden ist: Eine Grundregel für einflussreiche und erfolgreiche Politikberatung ist das „Denken auf Vorrat“. Sie muss der politischen Tagesordnung der Politik ein Stück voraus sein. Zugleich darf sie von der Agenda aber nicht völlig distanziert und entrückt sein. Beide – tagesaktuelle Maßnahmen und grundsätzliche Arbeit – müssen in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen und miteinander verbunden sein. Sonst besteht entweder die Gefahr, in orientierungslosen Aktionismus abzugleiten oder Grundsatzdebatten zu führen, die wirkungslos bleiben.

Die Chance, dass wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse und Empfehlungen im politischen Betrieb Gehör finden, ist dann größer, wenn die Lösungsvorschläge mit dem Kalender der Politik und mit herausragenden Ereignissen – wie Wahlen, Legislaturperioden, Gipfeltreffen, Parteitage – eng verknüpft werden. Deshalb dürfen die politischen Stiftungen nicht allein in der passiven Rolle des „Informationsdienstleisters“ verharren. Sie müssen noch mehr als bisher ein Gespür für Themen, für den Zeitpunkt und für die Präsentation ihrer Ergebnisse in der Öffentlichkeit entwickeln.

Gerade weil sie nicht auftragsabhängig sind, haben die politischen Stiftungen hier besondere Chancen, aber auch eine besondere Verantwortung. Denn letztlich treten sie damit nicht nur als politisch beratende Institution, sondern zugleich als politischer Akteur hervor. Dazu gehört bisweilen auch, dass die Stiftungen mit aller Sensibilität den Mut aufbringen müssen, Fehlentwicklungen und Versäumnisse auch bei den Parteien offen anzusprechen, denen sie nahe stehen.

Gebündeltes Netzwerkwissen

Das setzt das stetige Bemühen um eine klare Profilierung, aber auch um eine Professionalisierung ihrer Politikberatung

voraus. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist in diesem Sinne mit allen inhaltlich arbeitenden Hauptabteilungen politisch beratend tätig. In ihrer Hauptabteilung „Politik und Beratung“ hat sie allerdings ihr Netzwerkwissen und ihre Beratungskompetenz gebündelt. Hier werden Lösungsansätze erarbeitet, die praxisorientiert, aber auch langfristig angelegt und auf die Idee der christlichen Demokratie hin orientiert sind. In vier Arbeitsgruppen werden Entwicklungen in den Bereichen Innenpolitik, Gesellschaftspolitik, Wirtschaftspolitik, Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik analysiert.

Dabei orientiert sich die Hauptabteilung an den überjährigen Leitthemen, die die Stiftung für ihre Arbeit formuliert hat – die Soziale Marktwirtschaft, die Zukunft der europäischen Ordnung und die Grundlagen der modernen Bürgergesellschaft –, ebenso wie an Themen, die „Politik und Beratung“ als Schwerpunktbereiche für die ganze Stiftung formuliert.

Im Sinne einer Antennenfunktion werden politisch bedeutsame Entwicklungen und Zukunftsfragen identifiziert. Zu diesem Zweck sind enge Verbindungen zur Wissenschaftslandschaft und zu den „Denkfabriken“ in Deutschland notwendig. Darüber hinaus wird die internationale Vernetzung, die Zusammenarbeit mit europäischen Think Tanks immer wichtiger. Vernetztes Handeln ist bereits eines der Markenzeichen der Stiftung und soll es künftig noch stärker sein.

Die Inhalte, die die Stiftung erarbeitet, werden in die politischen Entscheidungsprozesse (Fraktion, Partei, Administration) eingespeist. Das geschieht über Kurzpapiere und schriftliche Analysen, die den Entscheidungsträgern unmittelbar zugeleitet oder über das Internet verbreitet werden. Durch die Teilnahme an politischen Gremien von Fraktion und Partei und durch die intensive Pflege von

Kontakten zu den Entscheidern erfolgt direkte politische Beratung.

Konferenzen und Fachtagungen, zunehmend aber auch Expertenkreise, in denen Abgeordnete, Stabsmitarbeiter und Wissenschaftler zusammentreffen, tragen zur Anreicherung des politischen Prozesses mit Expertenwissen bei.

Zwei wirtschaftspolitische Arbeitskreise – ein Managerkreis unter Leitung von Jens Odewald und ein Unternehmerkreis unter der Leitung von Patrick Adenauer – unterstützen die Stiftung mit praktischer Erfahrung und setzen Akzente für ihre wirtschaftspolitische Arbeit.

Der enge Kontakt nicht nur zu den politischen Entscheidungsträgern, sondern insbesondere auch zu den Stabsmitarbeitern nimmt dabei eine besondere Rolle ein, weil komplexe Entscheidungen in der Regel durch die Mitarbeiterbene vorbereitet werden. Politische Beratung muss bereits hier ansetzen, wenn sie erfolgreich sein will.

Öffentliche Vermittlung

Zur politischen Beratung gehört – wie schon angedeutet – auch die Vermittlung von Inhalten in die breite Öffentlichkeit. Mit Artikeln in Fachzeitschriften und in der Tagespresse, mit Vorträgen vor Multiplikatoren erläutern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schwierige Zusammenhänge in verständlicher Form und fördern damit den politischen Diskurs als Kernelement demokratischer Entscheidungsfindung.

Zwei Aspekte waren und sind dabei entscheidend: Bei allen Projekten muss die Stiftung den Bezug zur christlichen Demokratie herstellen und auf dieser programmatischen Grundlage jeweils eine politische Bewertung vornehmen. Sie muss außerdem immer hinterfragen, welche Folgen für die Gestaltung der Zukunft damit verbunden sind. Der Bezug zum christlich-demokratischen Fundament und die Ausrichtung auf Zukunftsfä-

fragen sind für die Arbeit der Stiftung und auch der Hauptabteilung „Politik und Beratung“ ein Markenzeichen und müssen in allen Maßnahmen durchgehend erkennbar sein.

Deutliche Akzente

In den etwa zwei Jahren ihres Bestehens hat die Hauptabteilung in diesem Sinne mit ihrer Arbeit in verschiedenen Feldern deutliche Akzente setzen können. Dazu gehören – um nur einige wenige Beispiele zu nennen – das entschiedene Eintreten der Stiftung für eine umfassende Föderalismusreform und ihre Beteiligung an der Stiftungsallianz bürgernaher Bundesstaat. Dazu gehört auch ihre zunehmende Präsenz im gesundheitspolitischen Bereich. Das reicht von ihrer viel beachteten Tagung „Medizin-Ethik-Recht“, auf der alljährlich in Cadenabbia Grundsatzfragen, wie zum Beispiel eine alternde Gesellschaft, in allen medizinischen, ökonomischen, juristischen, ethischen und theologischen Aspekten diskutiert werden, bis zu der Frage, wie Innovationen im Gesundheitswesen zu fördern sind.

Dazu gehören ferner umfangreiche Projekte zur Zukunft der neuen Länder, unter anderem zur Frage, wie man jenseits von Entwicklungszentren Perspektiven schaffen kann. Dazu gehören weit reichende Aktivitäten im Bereich der Familienpolitik – von der Frage, was den Kinderwunsch determiniert, bis hin zur Betreuungssituation und steuerlichen Behandlung von Familien.

Auch auf dem Feld der Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik wird Fachkompetenz gebündelt und weitervermittelt. Dazu gehört zum Beispiel das Ziel, zu einer Neuausrichtung und Belebung der transatlantischen Beziehungen beizutragen. Ferner betreut die Hauptabteilung die inhaltliche Arbeit des Kuratoriums der Stiftung, das in seinen zwei zurückliegenden Klausurtagungen Grundlagen und Optionen für eine zukunftsfä-

hige Politik in einer dynamisierten Welt dargelegt und dabei auch die Frage gestellt hat, wie die christlich-demokratische Bewegung dem Vertrauensverlust und der Verunsicherung entgegenwirken und eine Leitidee für die Gestaltung der Zukunft entwickeln kann.

In einem Kreis von herausragenden Sozialethikern werden die normativen Grundlagen christlich-demokratischer Politik aufgearbeitet. Prinzipien wie Personalität, Solidarität, Subsidiarität, Begriffe wie das christliche Menschenbild und Werte wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit müssen klar gefasst und mit Blick auf die normativen Konflikte zum Beispiel im Bereich der Arbeitsmarkt-, Forschungs- und Gesundheitspolitik präzisiert werden.

Vertrauen wiedergewinnen

Nach dem Ausgang der Bundestagswahl gilt es im Jubiläumsjahr der Stiftung bei allen Projekten und Aufgaben verloren gegangenes Vertrauen in die Politik wiederherzustellen. Dafür bleibt es notwendig, die stabilen Wertkonstanten gegenüber einer oft flüchtigen Tagespolitik in den Vordergrund zu rücken. Die Aktualität des christlichen Menschenbildes muss immer wieder hervorgehoben werden. Noch mehr als bisher muss die Stiftung auch mit ihrer politischen Grundsatzabteilung „Politik und Beratung“ zwei gravierenden Problemen entgegentreten, mit denen politisches Handeln zurzeit konfrontiert ist: mit dem immensen Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die

Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Politik und der tiefen Verunsicherung in einer Welt, die sich in unserer Zeit schneller und fundamentaler wandelt als jemals zuvor.

Promotor des Diskurses

Die vordringlichste Aufgabe der Hauptabteilung „Politik und Beratung“ in der Stiftung liegt deshalb in der Auseinandersetzung mit den Grundfragen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und des gesellschaftlichen Klimas in unserem Lande. Sie muss christlich-demokratische Politik von den historischen und geistigen Wurzeln her begründen. Die Stiftung muss letztlich auch als Promotor des Diskurses über den künftigen Weg der Bundesrepublik auf der Grundlage christlich-demokratischer Wertorientierung und Traditionen dienen.

Wenn sie auf diesem Fundament mit den drei Qualitäten, von denen Max Weber sprach, „Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß“ verlässlich, klar und glaubwürdig Wissen vermittelt und politische Entscheidungsprozesse prägt, dann wird die „junge“ Hauptabteilung „Politik und Beratung“ in der Konrad-Adenauer-Stiftung ihren Beitrag dazu leisten, dass die Stiftung auch in Zukunft erfolgreich, wie es in ihren Leitlinien heißt, „in Deutschland, in Europa und in der Welt die freiheitliche Demokratie, die Soziale Marktwirtschaft und die Entwicklung und Festigung des Wertekonsenses“ fördern und unterstützen kann.

Verlangen nach Freiheit

„Nirgendwo prägt sich das Christentum, die christliche Überzeugung stärker aus als in dem Verlangen nach Freiheit, in dem Verlangen der freien, innerlich gefestigten Persönlichkeit.“

Konrad Adenauer in Dortmund auf einer Veranstaltung der CDU am 30. Juni 1957.